

Umfrage: Klares Nein zu Kriegseinsatz

Die Forderung der NATO nach einem Ausbau der deutschen Beteiligung beim Afghanistan-Krieg trifft in der Bevölkerung auf breite Ablehnung. Die große Mehrheit (86 Prozent) meint, die Bundeswehr sollte grundsätzlich nicht an Kampfeinsätzen teilnehmen. Lediglich 13 Prozent sind der Ansicht, daß die Bundeswehr ebenso wie die Truppen anderer Länder auch Kampfeinsätze übernehmen sollte. Dies ist das Ergebnis des aktuellen ARD-DeutschlandTrends für die Tagesthemen, den das Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap am Montag und Dienstag dieser Woche erhoben hat. Die Umfrage wurde somit ausgeführt, bevor Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) am Mittwoch die zuvor bereits signalisierte Übernahme einer Schnellen Eingreiftruppe im Norden Afghanistans im Sommer offiziell bestätigte.

Unter den Anhängern von Parteien findet die Beteiligung der Bundeswehr an Kampfeinsätzen laut Umfrage die größte Zustimmung unter Wählern von FDP und CDU/CSU, von denen 24 Prozent beziehungsweise 17 Prozent solchen Kriegsbeteiligungen zustimmten. Bei Anhängern von SPD, Linkspartei und Grünen lag die Zustimmung zwischen zwölf und 14 Prozent.

Laut Umfrage sprachen sich 55 Prozent der Befragten dafür aus, die Bundeswehr möglichst schnell aus Afghanistan abzuziehen. 42 Prozent gaben an, die deutschen Soldaten sollten dort weiterhin stationiert bleiben. Die ARD verwies darauf, daß der Bundeswehreinsatz in Afghanistan damit derzeit mehr Zustimmung in der hiesigen Bevölkerung hat, als noch im vergangenen September. Zu dem Zeitpunkt sprachen sich 62 Prozent der Befragten für einen Abzug und nur 34 Prozent für eine weitere Stationierung aus.

Die in Afghanistan tätige Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medico international kritisierte am Donnerstag die Entscheidung der Bundesregierung, Bundeswehrsoldaten für Kampfeinsätze zu entsenden. Aus Sicht des medico-Geschäftsführers Thomas Gebauer ist die militärische Strategie gescheitert: »Alle wissen, daß die Probleme in Afghanistan nicht mit Kampfeinsätzen zu lösen sind und laufen trotzdem immer weiter in die falsche Richtung. Notwendig sei ein tragfähiges Wiederaufbaukonzept, um der afghanischen Bevölkerung Zugang zu Bildung, Gesundheit und Arbeit zu ermöglichen. Bisher zahlt Deutschland 530 Millionen Euro jährlich für den Militäreinsatz, aber nur 100 Millionen Euro für den Wiederaufbau. »Es müssen alle Leute an den Verhandlungstisch geholt werden - auch die Taliban. Jede militärische Eskalation verschlechtert die Sicherheitslage weiter. Das ist die Erfahrung, die wir in den letzten Jahren gemacht haben«, sagte Sönke Widderich, Afghanistan-Koordinator von medico international.

(jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/100495.umfrage-klares-nein-zu-kriegseinsatz.html>